

Der Bürgermeister teilte mit, dass zunächst die noch ausstehenden Beratungspunkte aus der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses beraten werden sollen.

#### **DS-Nr. 16/0033**

#### **Änderung des Stellenplanes**

Frau Jung führte u.a. aus, dass aufgrund der zwischenzeitlich vorliegenden Stellungnahme der Verwaltung es sinnvoll erscheint, dass diese Stelle eingerichtet werde.

Dann fasste der Rat folgende Stellenplanänderung:

#### **Einrichtung einer neuen Stelle**

#### **4.07. Fachbereich Tiefbau**

#### **4.07.30 Fachdienst Straßenbau und Stadtentwässerung**

<b>Arbeitsplatznummer</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Stellenplanausweisung</b>	<b>Produkt</b>
4.07.30/01	Fachdienstleiter/in	A 13 g. D. (41 Stunden)	11-02-01 60 % 12-01-01 40 %

**einstimmig bei 15 Enthaltungen (SPD-Fraktion)**

Herr Knülle begründete daraufhin kurz das Abstimmungsverhalten seiner Fraktion.

#### **DS-Nr. 16/0055**

**Antrag zu TOP 7 des Haupt- und Finanzausschusses am 25.02.2016 "Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 sowie des Entwurfs des Haushaltssicherungskonzeptes für die Jahre 2016 bis 2022; Anträge zum Doppelhaushalt der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP für die Haushaltsjahre 2016 / 2017**

**hier: lfd. Nr. 19, Produkt 12-03-01, Invest.-Nr. 07-00329, Instandsetzung Beleuchtung Kölnstraße**

Im Verlauf der kurzen Aussprache teilte Herr Knülle mit, dass, obwohl die Stellungnahme der Verwaltung vorliege, dieser Antrag zurückgezogen werde und in den Fachausschuss (Gebäude- und Bewirtschaftungsausschuss) zur weiteren Beratung verwiesen werden soll.

Ohne weitere Aussprache herrschte im Rat über die beantragte Verweisung in den Fachausschuss Einvernehmen.

#### **DS-Nr. 16/0084**

**Änderungs-Anträge zu TOP 10 Rat 09.03.2016;**

**Zuordnung: Drs.-Nr. 15/0357/1, FB3\_002, Kulturelle Veranstaltungen und Drs.-Nr. 16/0055, Anträge zum Doppelhaushalt, lfd. Nr. 12, Produkt 06-02-02, Offene Kinder- und Jugendarbeit**

Zunächst begründete Herr Knülle den vorliegenden Antrag.

Herr Schell führte u.a. aus, dass die CDU-Fraktion den Vorschläge zu Punkt 1 und 2 zustimmen werde.

Herr Metz und Frau Jung begründete daraufhin, warum der im HAFA gefasste Beschluss nun wieder zurückgenommen und entsprechend abgeändert werden soll.

Dann fasste der Rat folgenden Beschluss:

Der Rat beschließt, die Beschlussempfehlungen des Haupt- und Finanzausschusses vom 02.03.2016 zum Haushaltsplanentwurf 2016/2017 wie folgt zu präzisieren bzw. abzuändern:

1. Die in der aktualisierten Beschlussvorlage zum Unterausschuss Haushaltskonsolidierung vom 28.12.2015 im Vorschlag der Verwaltung FB3\_002 enthaltene Einsparung von 1.000 Euro für die „Bühnengeister“ wird erst mit Wirkung ab dem Haushaltsjahr 2017 eingeplant.
2. Der unter der laufenden Nr. 12 der Verwaltungs-Synopse für den Haupt- und Finanzausschuss am 02.03.2016 gefasste Beschluss zur Erhöhung der Mittel für die Finanzierung der offenen Tür in Birlinghoven und Streichung von Mitteln aus dem Verwaltungsvorschlag für den Unterausschuss Haushaltskonsolidierung FB3\_008 wird erst mit Wirkung ab dem Haushaltsjahr 2017 eingeplant. Die Kürzung von 1.000 Euro bei den Werkstattkonzerten erfolgt unabhängig davon nicht. Die Verwaltung wird gebeten, anderweitige Einsparmöglichkeiten bei den Werkstattkonzerten zu prüfen.

**einstimmig**

**DS-Nr. 16/0061**

**Antrag zu TOP 7 des Haupt- und Finanzausschusses am 25.02.2016 "Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 sowie des Entwurfs des Haushaltssicherungskonzeptes für die Jahre 2016 bis 2022; Städtisches Fahrzeugmanagement**

Zunächst begründete Herr Knülle, warum dieser Antrag (**hier aber nur Punkt 1**: Die Stadtverwaltung wird beauftragt, vor jeder Ausmusterung / jeden Verkauf eines städtischen Fahrzeugs eine externe Kurzbegutachtung vornehmen zu lassen.) im Rat erneut gestellt wird.

Herr Fey führte daraufhin aus, dass es aufgrund von Gesprächen mit dem zuständigen Fachbereich zu der Regelung gekommen sei, dass bei Fahrzeugen, die nur noch zu

einem sehr niedrigen Preis veräußert werden können, die Begutachtung in einem sogenannten „6-Augen-Prinzip“ erfolgt, wenn davon auszugehen ist, dass ein zu beauftragendes Kurzgutachten teurer sein werde, als der zu erzielende Erlös.

Herr Schell führte u.a. aus, dass er es für sinnvoll erachte – aufgrund der Ausführungen der Verwaltung bzw. des Rechnungsprüfungsamtes – dass dieser Antrag zurückgezogen werde, ansonsten werde seine Fraktion diesen Antrag ablehnen.

Herr Köhler führte aus, dass, wenn dies für alle Fahrzeuge gelten solle, dann werde seine Fraktion ebenfalls nicht zustimmen.

Herr Metz schlug daraufhin vor, dass dieser Antrag in den zuständigen Fachausschuss (Gebäude- und Bewirtschaftungsausschuss) verwiesen werden sollte, um dort nochmals darüber zu beraten.

Herr Schell führte aus, dass es aufgrund der Ausführungen der Verwaltung auch nicht sinnvoll sei, diesen Antrag zu verweisen. Auch hierbei werde seine Fraktion nicht zustimmen.

Der Bürgermeister schlug daraufhin vor, dass seitens der Verwaltung ein entsprechendes Schreiben (derzeitige Verfahrensweise etc.) an die Fraktionen erstellt werde; sollte dann weiterer Beratungsbedarf bestehen, könnte dann dieser Antrag im zuständigen Fachausschuss eingebracht werden.

Herr Knülle stellte daraufhin nochmals den Antrag auf Verweisung in den Fachausschuss unter Einbeziehung der noch zu erfolgenden Stellungnahme der Verwaltung.

Frau Schmidt schloss sich einer Verweisung in den Fachausschuss an.

Dann fasste der Rat folgenden Beschluss:

„Der Antrag, DS-Nr. 16/0061, Punkt 1, wird in den Fachausschuss verwiesen.“

**26 Ja-Stimmen** (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, Aufbruch, DIE LINKE)

**19 Enthaltungen** (CDU, Volksabstimmung)

**DS-Nr. 16/0056**

**Antrag zu TOP 7 des Haupt- und Finanzausschusses am 25.02.2016 "Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 sowie des Entwurfs des Haushaltssicherungskonzeptes für die Jahre 2016 bis 2022; Sportstätten für die Gesamtschule / Entwicklung „Auf dem Acker“**

Herr Knülle begründete zunächst nochmals den Antrag und verwies dabei auf die Beratungen im Haupt- und Finanzausschuss.

Herr Schell ging in seinen Ausführungen auf die Beratungen im Kultur-, Sort- und

Freizeitausschuss erfolgte Diskussion und teilte mit, dass seine Fraktion diesem Antrag wie auch schon im Haupt- und Finanzausschuss nicht zustimmen werde.

Der Bürgermeister wies daraufhin, dass im Rahmen der Beratungen im Haupt- und Finanzausschuss der letzte Spiegelstrich gestrichen worden ist.

Frau Jung führte u.a. aus, dass zum heutigen Zeitpunkt diese Thematik auf den Weg gebracht werden soll.

Herr Metz verwies in seinen Ausführungen u.a. auf die derzeitige Nutzung des Sportplatzes in Menden und sprach sich dafür aus, dass dieser Antrag beschlossen werden soll.

Herr Köhler teilte u.a. mit, dass seine Fraktion diesem Antrag so zustimmen werde (unter Berücksichtigung der Streichung des letzten Spiegelsatzes). Dann sollte darüber beraten werden, welche Flächen dem Wohnungsbau zugeführt werden und welche Flächen für den Sportstättenbedarf zur Verfügung gestellt werden.

Dann fasste der Rat folgenden Beschluss:

- Die Stadtverwaltung wird beauftragt, mit der Gesamtschule Sankt Augustin und weiteren Akteuren die pädagogischen Anforderungen an eine Ausstattung mit Sportstätten unter Berücksichtigung der entsprechenden Vorgaben und unter Beachtung der finanziellen Lage der Stadt zu klären und darüber den zuständigen Ausschüssen (Schule/Bildung/Weiterbildung sowie Kultur/Sport/Freizeit) zu berichten.
- Die Stadtverwaltung wird beauftragt, auf Basis eines abgestimmten Bedarfs an Sportstätten im Bereich der Gesamtschule eine Vorentwurfsplanung zu erstellen, wie auf den (langfristig) zur Verfügung stehenden Grundstücken (Turnhalle, Hallenbad, Sportplatz, ggf. Schulgarten) diese Sportstätten räumlich untergebracht werden können. Dabei ist eine Nutzung nicht benötigter Flächen bereits in die Planung einzubeziehen. Über die Ergebnisse ist den zuständigen Ausschüssen (Gebäude/ Bewirtschaftung sowie Umwelt/Planung/Verkehr) zu berichten.
- Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für eine sich abzeichnende Fläche für Wohn-nutzungen die entsprechend notwendigen Planungen voranzutreiben.

**26 Ja-Stimmen** (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, Aufbruch, DIE LINKE)

**19 Nein-Stimmen** (CDU, Volksabstimmung)

Auf Anregung von Herrn Metz schlug der Bürgermeister vor, an dieser Stelle den Tagesordnungspunkt zu verlassen und die restlichen Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils zu behandeln. Dann werde eine Sitzungsunterbrechung erfolgen und im Anschluss daran werden dann die Haushaltsreden der Fraktionsvorsitzenden gehalten, damit nicht während der Haushaltsreden die geplante Sitzungsunterbrechung

erfolgen muss.

Über die weitere Verfahrensweise herrschte Einvernehmen im Rat.

Nachdem die Tagesordnungspunkte 11 und 12 (Protokollierung unter dem jeweiligen TOP) des öffentlichen Teils abgehandelt wurden, erfolgte die Sitzungsunterbrechung.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung hielten die Fraktionsvorsitzenden ihre Haushaltsreden. Der Bürgermeister bat darum, dass diese Reden dem Ratsbüro zur Verfügung gestellt werden, damit sie entsprechend als Anlage der Niederschrift beigefügt werden können.

Im Anschluss verlas der Bürgermeister folgenden Beschlussvorschlag:

„Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt die Haushaltssatzung nebst Haushalts- und Stellenplan für die Jahre 2016 und 2017 sowie das Haushaltssicherungskonzept für die Jahre 2016 bis 2022 unter Berücksichtigung des 1., 2. und 3. Änderungspapieres der Verwaltung zum Entwurf des Doppelhaushaltes 2016/2017, der empfohlenen Änderungen aus den Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses vom 19.01.2016, 25.02.2016 und 02.03.2016 sowie der in der heutigen Sitzung beschlossenen Änderungen.“

Ohne weitere Aussprache fasste der Rat folgenden Beschluss: